

Streit um Jugendförderung Zuschüsse sollen eingefroren werden

Von Claus Haffert

Der Streit um die Jugendförderung in NRW wird schärfer. SPD und Grüne warfen der schwarz-gelben Landesregierung am Donnerstag (04.05.06) Wortbruch und Wählerbetrug vor. In der hitzigen Debatte handelte sich Minister Linssen sogar einen Tadel ein.

Anlass für die hitzige Auseinandersetzung im Landtag war die Forderung einer Volksinitiative, die Landesmittel für die Jugendarbeit - wie vom Parlament ursprünglich beschlossen - auf 96 Millionen Euro jährlich zu erhöhen. CDU und FDP wollen die Zuschüsse dagegen bis zum Jahr 2010 bei 75 Millionen Euro einfrieren.

"Sie haben die Menschen belogen", hielt die jugendpolitische Sprecherin der SPD, Britta Altenkamp, der Koalition vor. "Das wird sie bitter verfolgen." Die von zwei Volksinitiativen gesammelten fast 500.000 Unterschriften seien "eine halbe Million Misstrauensvoten gegen die Landesregierung". Die Grünen-Abgeordnete Andrea Asch sprach von einem "Wählerbetrug in der übelsten Form". Die Koalition habe den "Wortbruch zur sportlichen Disziplin gemacht und gute Chancen auf den Weltmeister-Titel".

"Herabsetzung der parlamentarischen Debatte"

Die Wogen schlugen zeitweise so hoch, dass sich Finanzminister Helmut Linssen (CDU) einen Tadel von Landtags-Vizepräsident Michael Vesper (Grüne) einhandelte. Linssen habe während der Rede Altenkamps von der Regierungsbank aus Hundejaulen nachgeahmt, rügte Vesper. Das sei eine "Herabsetzung der parlamentarischen Debatte" und zeuge von Überheblichkeit der Regierung. Die Opposition habe kein Recht, von Wortbruch in der Jugendpolitik zu reden, verteidigte FDP-Fraktionsvize Christian Lindner die Koalition. Wer, wie die SPD bei der Mehrwertsteuererhöhung alle Wahlkampf-Versprechen vergessen habe, dürfe sich nicht auf "ein hohes moralisches Ross" schwingen. "Sie reiten einen schändlichen Esel", wetterte Lindner.

"Hätte gern mehr Geld ausgegeben"

Die Vorgeschichte des heftigen Streits reicht bis in die vergangene Legislaturperiode zurück. Damals hatte eine erste Volksinitiative erfolgreich gegen die von Rot-Grün geplanten Kürzungen in der Jugendpolitik mobil gemacht. Das Parlament reagierte, alle Fraktionen stimmten für die Aufstockung auf 96 Millionen Euro von 2006 an. Der von Rot-Grün hinterlassene Schuldenberg lasse die Einhaltung dieser Zusage leider nicht zu, sagte jetzt Generationen-Minister Armin Laschet (CDU). Glücklicherweise sei er damit nicht: "Auch ich hätte gern mehr Geld für Kinder und Jugendliche ausgegeben." Der Jugendplan dürfe nicht isoliert betrachtet werden, hielt die Koalition ihren Kritikern entgegen. Durch die Aufstockung des Schuletats, durch mehr Lehrer und Sozialpädagogen, gebe das Land für Kinder und Jugendliche 250 Millionen Euro mehr aus. Dies sei ein strategischer Politikwechsel, betonte Lindner: "Das lassen wir uns nicht von Ihnen kaputt reden."

WDR vom 4. Mai 2006